

Jetzt nicht weich werden

Trotz Krise – es gibt keinen Grund unsere Forderungen zurückzuschrauben

Trotz der Finanzkrise ist dieses Land reich. An Produktionsmitteln und Know-how sowie so. Aber auch jedem staatlichen Schuldtitel - das sollte man nie vergessen - steht nach wie vor ein Besitztitel gegenüber. Die 1,5 Billionen (1500 Milliarden) Euro der vielbeschworene Staatsverschuldung gehören schließlich am Ende der Kette immer realen Menschen. Was soll also dieses ständige Gerede von dem Schuldenberg, mit dem wir die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel setzen? Das haben jetzt ganz andere vollbracht! Also: Umverteilung ist das Gebot der Stunde, mittels eines qualitativ ökologisch ausgerichteten Konjunkturprogramms, das endlich auch das Bildungssystem in den Fokus rückt. Bezahlen sollen das diejenigen, die sich in den letzten Jahren die Taschen vollgestopft haben. Lohnzurückhaltung – ganz unabhängig von der Notwendigkeit die Binnennachfrage zu steigern - ist wohl ein Witz angesichts der Ungleichverteilung zugunsten der Gewinne in den letzten Jahren.

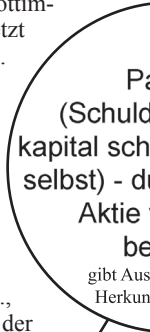
Bei den Aktienkursen sollte man vor den astronomischen Summen, die da täglich als verlustig durch die Medien geistern, nicht zusammenzucken. Solange die Werte nicht realisiert sind, sprich verkauft oder gekauft, sind

sie fiktiv. D.h., solange jemand seine Aktien behält, ist realer nichts passiert. Wenn er sie mit Verlust abstößt, macht irgendjemand dann Gewinn, wenn der sie später zu einem höheren Wert verkauft. Das bleibt aber ein Nullsummenspiel. Den Banken geht



es damit schlecht, weil sie die Aktien, die sie selbst besitzen, im Wert bilanziell berichtigen müssen. Das führt dazu, dass das Eigenkapital zusammenschnurrt. Und wenn man kein eigenes Geld mehr nachweisen kann, kriegt man auch kein neues geliehen (s. Bilanzschema unten).

Fast alle Banken haben aber nicht nur Aktien im Portefeuille, sondern auch diese merkwürdigen Hypothekennmischungen, diese vielzitierten Schrottimobilien also, die jetzt nichts mehr Wert sind. Die haben sie also nicht nur ihren Kunden aufgeschwatzt, sondern einen Teil auch selbst behalten. Pech auch, wenn die nun nichts mehr Wert sind. Die müssen dann ganz abgeschrieben werden, d.h., die verschwinden aus der Bilanz, was in der Regel das



Bilanz: Bank vor dem Crash...

Aktien	Eigenkapital
	20 Mio.
40 Mio.	Fremdkapital (z.B. mein und dein Geld, wenn du es sparst)
Wertpapiere, Immobilien (hierunter auch die viel zitierten Schrottimobilien), Kredite, die „wir“ gekriegt haben u.v.a.m.	
60 Mio.	80 Mio.
100 Mio.	100 Mio.

ohnehin schmale Eigenkapital aufzehrt. Wenn die Banken aber mehr Schulden als Vermögen haben, nennt man das überschuldet. Dann müssen sie eigentlich den schwarzen Hut aufsetzen und zum Konkursrichter gehen. Oder eben den Staat fragen, ob er nicht einspringt. Wenn er, wie bei den Landesbanken, Hauptaktionär ist, hat er damit die A-Karte gezogen. Da er ja durch sein Gewaltmonopol (hier: Steuerho-

heit) über quasi unbegrenzte Mittel verfügt, muss er also Geld zur Rettung 'reingeben.

Anders ist es bei diesen Wertpapieren von Lehman Brothers und Konsorten, die Banken und Sparkassen zuhauf an Private verkauft haben und für die eine satte Provision kassiert

wurde. Das Geld ist verloren, weil die Gläubiger pleite sind. Theoretisch müsste sich noch was aus der Konkursmasse bei Lehman retten lassen, da es sich um Immobilien handelt, die nicht über Nacht verschwunden sind. Wenn allerdings der Werteverfall so drastisch ist, wie teilweise beschrieben, sollte man hierauf nicht allzu große Hoffnung setzen.

Waren das alles Volltrottel, die auf diese Papiere gesetzt haben? Objektiv ja, systemimmanent musste jeder mitspielen, um die Branchenrendite zu erreichen. Dabei spielte der damalige viel gepriesene US-Finanzminister Greenspan den Libero. Der sorgte dafür, dass die Zinsen kontinuierlich fielen (über die Herabsetzung des Leitzinses). Damit hat er die Geldpumpe so richtig auf Touren gebracht. Je größer der Abstand zum Zins, den man be-

zahlt, wenn man sich Geld leiht, zur halbwegs sicher geglaubten Rendite (z.B. Hypothekendarlehen), desto größer die Hebelwirkung (Leverage-Effekt), mit der man die Eigenkapitalrendite steigern kann. Das sieht dann gut aus, und dann kriegt man von den Rating-Agenturen auch schon mal das ersehnte AAA-Bonitätsprädikat. Damit kann man dann Anleger beruhigen und ist bei potenziellen Geldgebern weiter kreditwürdig. Aber wehe, wehe, wehe, wenn ich an das Ende sehe...! Da scheint die Gier eine derartige Blendwirkung gehabt zu haben, dass sie ein rationales Kalkül ausschloss.

Was die staatlichen Belastungen angeht, darf man nicht durcheinander kriegen, dass es sich einmal um Bürgschaften handelt, die natürlich risikobehaftet sind, die sich aber qualitativ unterscheiden von den realen Zahlungen, die jetzt an Banken wie IKB, Real Estate, Bayrische Landesbank etc. gehen oder bereits gegangen sind. Das ist richtig Cash und belastet die Haushalte. Hinzu kommen die Steuerausfälle, weil ja keine Gewinne mehr gemacht werden. Und das wird dann auf viele Jahre fortgeschrieben, in dem etwaige Gewinne mit Verlusten gegengerechnet werden dürfen.

Hier steht unser aller Zukunft auf dem Spiel. Wir werden auf Jahre merken, wie das Geld für Bildung und Soziales fehlt. Man kann nur hoffen, dass diese Gelder als Kredite vergeben werden, durch die der Staat, wenn schon nicht als Teilhaber (das will man aus ordnungspolitischen Gründen in Deutschland nicht), so dann doch immerhin als Gläubiger Einfluss nehmen kann. Bei der IKB (Hauptaktionär war die staatliche KfW) hat man noch nicht einmal das gemacht. Da hat man 8 Milliarden bezahlt und dann die Bank zum Schnäppchenpreis verkauft. Das Geld ist also weg!

Als 1994 die Berliner Landes-

passiva
 en - Eigen-
 uldet man sich
 u kannst ja 'ne
 v. d. Bank
 sitzen
 kunft über die
 ft des Geldes

...und nach dem Crash

Aktien	
	20 Mio.
Wertpapiere, Immobilien u.v.a.m.	Nur noch Schulden Fremdkapital
	80 Mio.
60 Mio.	80 Mio.
80 Mio.	80 Mio.

Grafiken: Joachim Geffers

Aktien verlieren die Hälfte an Wert, Eigenkapital futsch, aber Gläubiger wollen ihr Geld. Dann heißt es: „Sorry, wenden Sie sich bitte an den Konkursverwalter!“ Oder Staat gibt frisches Geld.

bank Pleite machte, weil sie auf Ost-Immobilien gesetzt hatte, deren Wert drastisch unter die Werte der Beleihung gefallen waren, kostete dies den Steuerzahler viele, viele Millionen. Peanuts gegen die jetzt gehandelten Summen. Nichtsdestoweniger trotz ging die CDU-Regierung (Diep-gen/Landowsky) angesichts dieses Finanzdesasters unter. Die prekäre Finanzsituation in Berlin hält an. Ein trauriges Beispiel, wie es uns ergehen könnte.

In welcher Dimension zurzeit unsere Steuergelder an die notleidenden Banken fließen oder schon gegangen sind, wird besonders deutlich, wenn man sich die Haushalte einmal insgesamt betrachtet und dann die Bildungsausgaben und die finanziellen Bedarfe den Reformvorhaben gegenüber stellt. Hier eine Auswahl:

Bereits vom Staat an Banken gezahlte Beträge (IKB, RealEstate, Sächsische Landesbank, Bayerische Landesbank); hinzu kommen die Steuerausfälle auf Jahre, da jetzt die Verluste auf Jahre gegen etwaige Gewinne in der Zukunft gegengerechnet werden dürfen (sog. Verlustvorträge), konservativ, d.h. vorsichtig geschätzt: 60 Milliarden Euro.

Ganz frisch: Allein die ‚Hamburger Landesbank‘ (HSH gehört zu ca. 70% den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein) verliert in der Finanzkrise 2,3 Milliarden. (Hierfür könnten allein 4600 (!) zusätzliche neue Lehrer und Lehrerinnen eingestellt werden, s. Tabelle.) Wenn die Bank nicht bezuschusst werden muss, weil sie das aus eigenen Mitteln noch schultern kann, so hat der Staat (also wir) doch dieses Geld verloren. Bei der Haushaltsplanung hatte man schon auf 70 Millionen = 0,07 Milliarden Gewinnabführung gehofft. Stattdessen sieht die ganz aktuelle Haushaltsänderung vor, dass bei der Bildung 33 Millionen eingespart werden müssen.

JOACHIM GEFFERS

Worüber reden wir eigentlich?

1000 zusätzliche Lehrer in Hamburg, die man aufgrund des Arbeitszeitmodells eingespart hat, (Kosten für eine Stelle: Annahme 50 000 Euro* p.a.), würden 0,05 Milliarden kosten.

Durch die Finanzkrise insgesamt unmittelbar und mittelbar (konservativ) geschätzter Finanzbedarf unter Berücksichtigung von Steuerausfällen, der aus Steuergeldern finanziert wurde oder noch finanziert werden muss	60 Milliarden
Hamburger Haushalt für 2008 insgesamt	10,6 Milliarden
davon für Bildung	1,77 Milliarden
Zusätzlich in den Bildungshaushalt eingestellte Mittel aufgrund des Koalitionsvertrages (genutzt für schulische Reformvorhaben, wie sie sich aus dem Koalitionsvertrag ergeben)	0,165 Milliarden
Kleine Novelle der Lehrerarbeitszeit als Konsequenz aus dem Behler-Bericht, hauptsächlich Schulverwaltung	0,00079 Milliarden
Große Novellierung der Lehrerarbeitszeit (Bericht s.S. 8) finanzierungsneutral . Es wird eine Arbeitsgruppe gegründet!	0,00 Milliarden
Für den Kita-Ausbau in Hamburg	0,123 Milliarden
Bundshaushalt 2008	288 Milliarden
Davon für Bildung einschließlich berufliche Bildung (Bund)	13,7 Milliarden

Quellen: Hamburger Haushalt 2008 (Senatsdrucksache), Konsequenzen aus dem Behler-Bericht (BSB) v. 29.10.2008; Bundshaushalt 2008 (Bundesdrucksache),

**grobe Annahme, mit der auch die Behörde rechnet*